



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/VI/11

13. Januar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Lehren aus zweieinhalb Jahrhunderten	S.1
Finnland vor wichtigen Entscheidungen	S.3
Besatzungskosten	S.4
Sir Ivon Kirkpatricks Pressions-Versuch	S.5

1701 - 1871 - 1951

Der 18. Januar in der deutschen Geschichte

Kl.F.Sch. Am 18. Januar 1701, vor genau 250 Jahren, war im Königsberger Schloß das bisherige Kurfürstentum Brandenburg in eine Monarchie umgewandelt worden. In einem glänzenden Rahmen wochenlanger tipziger Feierlichkeiten setzte Kurfürst Friedrich III. sich selbst und seiner Gemahlin Sophie Charlotte die Königskrone aufs Haupt. Zwar hatte Kaiser Leopold in Wien, das Oberhaupt des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation", diesem bedenklichen Präzedenzfall nur zögernd zugestimmt und seine Anerkennung des neuen Staatswesens an gewisse Bedingungen geknüpft. Sie waren im wesentlichen formaler Art und sahen u.a. vor, dass es keinen "König von Preussen", sondern nur einen "König in Preussen" geben solle. Mit dieser feinen Unterscheidung hoffte man in Wien die Unverrückbarkeit des Grundsatzes zu betonen, dass in den alten Reichslanden auch künftig neben der Kaiserkrone keine konkurrierende Königskrone existieren dürfe. "König in Preussen": dieser Titel bezog sich vielmehr auf das geographische Ostpreussen, ein ehemals polnisches Lehen.

Nun, die frischgebackenen Monarchen des Hauses Hohenzollern haben sich um die grammatikalischen Formalitäten ihrer neuen Würde ebenso wenig gekümmert wie um die diesen Formalitäten zugrundeliegenden Besorgnisse der Wiener Hofburg. Sehr bald waren sie tatsächlich "Könige von Preussen" geworden. Im Norden des zerklüfteten und gespaltenen Reiches entstand ein festgefügtter und straff zentralisierter Soldaten- und Beamtenstaat. Objektiv betrachtet war es nichts anderes als

der Sieg einer zeitangepassten und lebenskräftigen Staatsidee über eine altersschwache und anachronistisch gewordene. Es war aber gleichzeitig der Sieg der ehemaligen Kolonie über ihre einstigen Kolonisatoren, die Verdrängung des bei allem Partikularismus selbstbewussten und frechtlichen Reichsbewusstseins durch den Gehorsam des Untertanen.

Bismarck, der "Schmied des Neuen Reiches", mag sich bewusst und ausdrücklich das Datum des 18. Januar ausgesucht haben, als er 170 Jahre später im Spiegelsaal von Versailles den preussischen König Wilhelm I. zum deutschen Kaiser proklamieren liess, um das gerade aus der Taufe gehobene Deutschland auch symbolisch fest an die preussische Tradition anzuschliessen. Tatsächlich war der deutsche Bundesstaat von 1871 trotz aller Reservatrechte, die die Verfassung später für die süddeutschen Staaten vorsah, in allen wesentlichen Funktionen ein verlängertes und vergrössertes Preussen, besonders auf militärischem Gebiet. Dies kam schon in den Wintertagen von 1871 aufs verhängnisvollste zum Ausdruck, als der junge, übermütige preussische Militarismus den Frieden mit Frankreich ausschliesslich nach militärischen, nicht aber nach politischen Gesichtspunkten diktierte. Bismarck, der noch 1866 in Nikolsburg über die Köpfe der Generale hinweg einen Verständigungsfrieden mit Oesterreich erzwungen hatte, musste sich in Versailles, oft gegen sein Gewissen, dem Anspruch der Uniformen beugen: Elsass-Lothringen wurde annektiert und damit die Gelegenheit, die "Erbfeindschaft" mit Frankreich zu begraben, hoffnungslos verpasst. Der "cauchemar des coalitions", der Abdruck feindlicher Militärbündnisse, der Bismarck und Bismarck in den achtziger Jahren so ersticken zu plagen sollte, geht mit seinen Wurzeln auf den verfehlten Frieden mit Frankreich im Jahre 1871 zurück.

Wenn hier an die eigentliche Bedeutung des 18. Januar in der deutschen Geschichte erinnert wurde, dann nicht aus dem Grunde, um zu irgendwelchen Gedenkfeiern aufzurufen. Zwar haben wir heute einen genügend grossen psychologischen Abstand gewonnen, um nüchtern auch das Positive zu würdigen, das sowohl der 18. Januar 1701 wie der 18. Januar 1871 für unsere Entwicklung mit sich gebracht haben. Beide Male aber - und das ist das Tragische - erfolgte der Prozess der Einigung unter rein dynastischen Auspizien, die Völker und ihr Freiheitsanspruch hatten direkt keinen Anteil daran. Diesem Umstand verdanken wir mit, daß wir noch im 20. Jahrhundert eine dritte Einigung vor uns haben, die Verschmelzung der Sowjetzone mit der Bundesrepublik. Sie wird nur dann von Dauer sein, wenn sich - belehrt durch folgenschwere geschichtliche Beispiele - die Demokratie heute und jetzt bei diesem zu vollbringenden grossen Werk die Initiative nicht aus der Hand winden lässt.

Quo vadis Kekkonen?
.....
Von unserem skandinavischen Korrespondenten

K.V. Finnland befindet sich seit mehr als zwei Monaten in einer Regierungskrise. Die längst ablösungsreife Kekkonenregierung sitzt aber formell immer noch am Ruder und der Regierungschef selbst verspürt wenig Lust, diesen labilen Zustand zu ändern.

Kurz vor Weihnachten stand das politische Barometer auf "schön Wetter" und alle Anzeichen sprachen dafür, dass dem finnischen Volk als Weihnachtsgabe eine neue Regierung beschert werde. Sie sollte unter Hinzuziehung der finnischen Sozialdemokratie von einer Minderheits- in eine Mehrheitsregierung umgebildet werden, die sich auf 130 von insgesamt 200 Reichstagsmandaten hätte stützen können. Sowohl in den dringlichen Fragen der kommenden Lohn- und Gehaltspolitik als auch in den Fragen der zukünftigen Massnahmen, inflatorische Tendenzen wirksam zu bekämpfen, schien zwischen den beiden Hauptpartnern, der Agrarpartei und der Sozialdemokratie, eine Einigung erzielt worden zu sein. Die Mehrheit der finnischen Sozialdemokratie war bereit, Kekkonen die Leitung der Regierung zuzubilligen. Die Aussenpolitik sollte weiterhin von dem Aussenminister Gartz geleitet werden. Ausschlaggebend hierfür war der Wunsch der finnischen Sozialdemokratie, jede Trübung des Verhältnisses zur Sowjetunion zu vermeiden. Die zehn Monate der Kekkonen-Regierung waren hierdurch charakterisiert, dass die Sowjetunion sich Finnland gegenüber ruhig verhielt. Die Sozialdemokratie hatte kein Interesse daran, dass in dieser Hinsicht eine Änderung eintrat. Diese politisch vernünftige Lösung, die unmittelbar vor der Verwirklichung zu stehen schien, ist durch Dr. Kekkonen brüsk torpediert worden. Kekkonen nahm das unfreundliche Echo aus Moskau und der finnischen Kommunisten gegen eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie zum Anlass, um plötzlich zu erklären, dass er nicht geneigt sei, sein gutes Verhältnis zur Grossmacht im Osten für eine Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung zu opfern.

Dr. Kekkonen ist in der Zwischenzeit nach Rom geflogen. Sein angegriffener Gesundheitszustand bedürfe, so wird mitgeteilt, eines Aufenthalts im Süden. Gleichzeitig begaben sich die Exponenten der finnischen KP, Herttha Kausinen und Pessi, nach Moskau. Sie werden dort in Erfahrung bringen, welche Taktik Moskau in der kommenden Zeit in Finnland befolgt wissen will. Man wird darüber mehr erfahren, sobald die Verhandlungen über die Regierungsumbildung wieder aufgenommen

werden. Wird das Schwergewicht der Entscheidungen weiter in Helsinki liegen oder durch die Machtvollkommenheit des ehrgeizigen Führers der stärksten finnischen Partei nach Moskau verlegt? Das ist die bange Frage, die heute von allen besorgten Finnen gestellt wird.

+ + + + +

Sechs Kochtöpfe für 2.477 DM

hg. Die Frage der Besatzungskosten und die Beschlagnahme von Wohnraum für alliierte Truppen wird einen der Hauptpunkte der Verhandlungen des Bundestages in der kommenden Woche bilden. Anlass hierzu bieten eine Reihe von Anträgen und Interpellationen verschiedener Parteien. Bei dieser Gelegenheit wird die Bundesregierung eine Erklärung über die Massnahmen abgeben, die sie für eine zweckdienliche Verwendung der aufzuwendenden Besatzungskosten für notwendig hält. Dazu gehört, dass die Bundesregierung den bereits vor Monaten vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und das Besatzungsstatut gemachten Vorschlag nach Einsetzung einer gemischten alliiert-deutschen Kommission erneuert, welche die Verwendung der Besatzungskostenmittel nachprüft und an der wirtschaftlichen Verausgabung mitwirkt. Bisher hat sich nur die britische Hochkommission zu diesem Vorschlag zustimmend geäußert. Die Bundesregierung wird auch darüber Auskunft geben müssen, in welchem Umfange sie eine von den Alliierten angekündigte Erhöhung der Besatzungskosten von 4.6 auf 8 Mrd. DM für möglich hält und aus welchen Einnahmen die Deckung vorgenommen werden soll.

Das es höchst notwendig ist, den Besatzungskosten einen zeitgemässeren Inhalt zu geben, zeigen die Interpellationen der verschiedenen Parteien. Eine Interpellation der CDU fragt die Regierung, ob es zutrefte, dass aus Besatzungskosten 39 000 Hausangestellte, 66 000 Kraftfahrer, 39 000 Kellner und Köche, 98 000 Bürokräfte, 144 000 technische Arbeitskräfte und 48 000 sonstige Bedienstete beschäftigt werden. Die Interpellation gibt dann einige Posten aus den Abrechnungen des Jahres 1949 wieder, unter denen sich u.a. befinden: ein Teppich für 16 200 DM, eine Möbelgarnitur für 64 000 DM, sechs Kochtöpfe für 2 477 DM, eine versilberte Besteckausstattung für 15 323 DM und für 788 DM Bademäntel. Von Oktober 1949 bis 30. Juni 1950 sollen für über 8 Mill. DM Teppiche und Gardinen gekauft worden sein, von denen etwa für 2.5 Mill. DM gegen Devisen aus den Niederlanden importiert worden sein sollen.

Die Unterbringung der zusätzlichen alliierten Truppen in der

Bundesrepublik haben Anträge der SPD und der Bayernpartei zum Gegenstand. Der SPD-Antrag fordert die Regierung auf, bei den Hohen Kommissaren vorstellig zu werden, dass durch die Truppenverstärkungen keine neuen "Besatzungsverdrängten" geschaffen werden und der heute von den Deutschen genützte Wohnraum der deutschen Bevölkerung erhalten bleibt. Die Bundesregierung soll dem Parlament Massnahmen unterbreiten, durch die die notwendigen Unterkünfte, Wohnungen und Einrichtungen für alliierte Truppenangehörige schnellstens sichergestellt werden können. Der SPD-Antrag setzt sich schliesslich dafür ein, dass von Alliierten Beschlaggenommene Wohnungen und Häuser alsbald den ursprünglichen Wohnungsinhabern zurückgegeben werden können.

- - - - -
SPD zur Kirkpatrick-Rede

sp. Aus Kreisen der Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Bundestagsfraktion wird zu der Rede des britischen Hohen Kommissars erklärt, sie sei nach Art und Ton zu ungewöhnlich, als daß sie in Deutschland anders als negativ wirken könne. Gerade der britische Hohe Kommissar habe seit seinem Amtsantritt mehrfach geäussert, er wolle sich von dem Fehler frei halten, grosse politische Reden zu halten.

Zum Inhalt wird gesagt, es sei eine zusätzliche Verwirrung der europäischen Situation, besonders in diesem Augenblick, die deutsche Bundesrepublik und ihre politischen Parteien aufzufordern, sich "für den Westen oder den Osten zu entscheiden". "Das deutsche Volk hat sich längst eindeutig für den Westen entschieden, und besonders die Sozialdemokratie kann von sich sagen, dass sie als erster politischer Faktor in Europa vollkommen unmissverständlich Stellung bezogen hat." Die Entscheidung für den Westen bedeute allerdings nicht die Unterwerfung unter die Nationalismen und Egoismen einzelner westlicher Mächte.

Wenn der Hohe Kommissar von dem mangelnden Einfühlungsvermögen der Deutschen spricht, so wäre diese Wendung gerade im Interesse des deutschen Verständnisses für die britische Politik wohl besser unterblieben, da gerade in diesen Wochen die Fragen der Dortmunder Schmelzdepression, der Bombardierung Helgolands, der Verzögerung einer Revision des Besatzungsstatuts und andere Themen im deutschen Volk diskutiert werden. Dieser Mangel an britischem Einfühlungsvermögen habe auch in den vergangenen Jahren die deutsche Demokratie in manche ernste Schwierigkeiten gebracht.

Gegenüber der Auffassung, die Deutschen sollten sich entscheiden, sei darauf hinzuweisen, dass bisher in vielen bedeutenden Fragen nicht die Deutschen über sich, sondern die Hohen Kommissare über die Deutschen entschieden haben. Am Schlusse wird gesagt: "Der Erklärung des britischen Hohen Kommissars, der die selbstverständlichen nationalen Interessen des deutschen Volkes einfach beiseiteschiebt, doch noch eine positive Ausdeutung zu geben, ist allerdings der Bundesregierung vorbehalten geblieben."

+ + + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmiat